

Jaroslav Kaczynski will an die Macht

Warschau - Der polnische Oppositionsführer Jaroslav Kaczynski will die Nachfolge seines tödlich verunglückten Zwilingsbruders Lech als Staatspräsident antreten. Der Chef der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) gab seine Bewerbung um das höchste Staatsamt am Montag bekannt. „Das tragisch unterbrochene Leben des Präsidenten und der Tod der patriotischen Elite Polens bedeuten für uns eins: Wir müssen ihre Mission beenden“, erklärte Jaroslav Kaczynski.



Jaroslav Kaczynski

Ursprünglich wollte die PiS bei der zunächst im Herbst geplanten Wahl Lech Kaczynski unterstützen. Nach dessen Tod beim Flugzeugabsturz nahe Smolensk in Westrussland vor gut zwei Wochen waren für den 20. Juni vorgezogene Präsidentschaftswahlen angesetzt worden. Jaroslav Kaczynski gilt als der einzige Oppositionspolitiker, der dem Kandidaten der liberal-konservativen Regierungspartei Bürgerplattform (PO), Bronislaw Komorowski, Paroli bieten kann. dpa

Geheimdienst hat freie Hand

Moskau - Der russische Inlandsgeheimdienst FSB kann künftig auch ohne Absprache mit Justiz oder Polizei nach eigenem Ermessen gegen „verdächtige“ Bürger und Organisationen vorgehen. Das sieht ein Gesetzentwurf gegen Extremismus vor, den die Regierung um Wladimir Putin nach Angaben der Moskauer Zeitung „Kommersant“ im Parlament (Staatsduma) eingebracht hat. Opposition und Bürgerrechtler befürchten, dass der FSB damit Regierungsgegner deutlich einfacher kontrollieren und unter zweifelhaften Gründen bestrafen kann. „Dies ist eine Praxis aus Sowjetzeiten“, sagte der Abgeordnete Gennadi Gudkow von der Partei Gerechtes Russland. dpa

Nur jeder Zweite ging zur Wahl

ANALYSE Der im Amt bestätigte Präsident Heinz Fischer muss viel Kritik einstecken. Weil nur knapp 50 Prozent der Österreicher abstimmten, war in Medien von einem „Wählerstreik“ die Rede.

Wien - Noch nie war die Wahlbeteiligung bei einer Präsidentschaftswahl in Österreich so niedrig wie am Sonntag. Nun will Heinz Fischer handeln. Der alte und neue österreichische Bundespräsident kündigte an, wieder mehr Wähler mobilisieren zu wollen. Fischer war als unabhängiger Kandidat angetreten und konnte 78,9 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Entsprechend stürmisch ließ sich der 71-Jährige im Wiener Museumsquartier feiern. Dagegen denkt die rechtspopulistische FPÖ nach dem Absturz ihrer Kandidatin Barbara Rosenkranz, die nur 15,6 Prozent der Stimmen bekam, über einen Umbau und eine neue Ausrichtung nach.

Emotionslos Handeln verteidigt

Am Sonntag hatten nur 49,2 Prozent der Österreicher bei der Präsidentschaftswahl ihre Stimme abgegeben. Zum Vergleich: 2004 waren es noch 71,6 Prozent. „Das war ein Wählerstreik!“, titelte am Montag die „Kronen Zeitung“. Die Wiener Zeitung „Kurier“ bezeichnete Fischer als einen „Sieger mit Schrammen“. Fischer wies Vorwürfe zurück, er trage eine Mitschuld daran, dass das Wählerinteresse so gering war. Auf die Frage, ob seine emotionslose Art zum Fernbleiben der Wähler beigetragen haben könnte, sagte er, es sei nicht die Aufgabe eines Bundespräsidenten, zu emotio-



Österreichs Präsident Heinz Fischer am Sonntag bei einer Wahlfeier in Wien

Foto: Robert Jaeger/dpa

nalisieren: „Ich bin vielleicht kein guter Redner in Bierzelten. Aber ein ruhiger Wahlkampfstil ist richtig für einen Bundespräsidenten, und dazu stehe ich.“

Beobachter nannten als Ursache für das Debakel neben dem herrlichen Ausflugswetter vor allem den inhalts- und themenlosen Wahlkampf. Auch verzichtete die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP), die das Alpenland gemeinsam mit den Sozialdemokraten (SPÖ) in

großer Koalition regiert, auf einen eigenen Kandidaten. Stattdessen überließ sie Fischer das Feld. Ohnehin gab es am Sieg von Fischer nie einen Zweifel. „Für viele – auch für Fischer-Anhänger – gab es keine wirkliche Motivation mehr, zur Wahl zu gehen“, schrieb die Zeitung „Österreich“ am Montag.

Er sei „dankbar, dass mir die Bevölkerung ein derartiges Ausmaß an Vertrauen geschenkt hat“, sagte Fischer, der von der

SPÖ unterstützt wurde, bei der Wahlfeier.

Verliererin des Tages war Rosenkranz von der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs. Die 51 Jahre alte Zehnfachmutter blieb weit hinter den eigenen Erwartungen zurück und wurde in Vorarlberg sogar von Rudolf Gehring, dem Kandidaten der Christlichen Partei Österreichs (CPÖ), überholt. Gehring erhielt 5,6 Prozent der Wählerstimmen. dpa

Mörder-Rufe bei Paul Schäfers Beisetzung

BEERDIGUNG Der Gründer der Colonia Dignidad wurde in Chile unter Protesten bestattet.

Santiago de Chile - Bei der Beerdigung des früheren Chefs der berüchtigten Deutschen-Siedlung Colonia Dignidad im Süden Chiles, Paul Schäfer, ist es am Sonntag zu Protesten gekommen. „Mörder, Mörder“, riefen Anwohner, als der Sarg Schäfers aus einer Kapelle in der Hauptstadt Santiago gebracht wurde. Andere bewarfen den Leichenwagen mit Erde. Schäfer, der am Vortag im Alter von 88 Jahren an Herzversagen in einem Gefängnis-Hospital der Hauptstadt gestorben war, wurde auf dem Friedhof Parque del Recuerdo Cordillera im Stadtteil Puente Alto von Santiago beigesetzt.

Die einzige Verwandte Schäfers, seine Adoptivtochter Rebecca, mied jeden Kontakt mit den Medien. Die Bewohner der früheren sektenartigen Colonia Dignidad, heute Villa Baviera (Bayerisches Dorf), hatten eine Beerdigung auf dem Gelände des riesigen Gutes strikt abgelehnt.

Mord, Folter und Missbrauch

Der Laienprediger Schäfer hatte Anfang der 60er Jahre das Gut gegründet und bis Anfang der 90er Jahre despotisch über die etwa 300 Siedler geherrscht. Schäfer war wegen Mordes, Folter, sexuellen Missbrauchs Minderjähriger und anderer Verbre-

chen zu einer Haftstrafe von insgesamt 33 Jahren verurteilt worden. Er hatte sich in der damaligen Colonia Dignidad zum Herren über alle Lebensbereiche der aus Deutschland eingewanderten Siedler ernannt. Das 17 000 Hektar große Gut ließ er hermetisch gegen die Außenwelt abriegeln. Seine Vertrauensleute trugen Waffen und kontrollierten einen kilometerlangen Stacheldrahtzaun rund um die Kolonie. Niemand durfte sie ohne Schäfers Erlaubnis verlassen.

Der Sprecher der Siedlung, Martin Matthusen, erklärte: „Wenn ein Mensch stirbt, ist das immer traurig, und der Tod viel-

leicht nicht der Augenblick, um Urteile zu fällen.“ Es mache die Siedler jedoch traurig, dass Schäfer nie um Entschuldigung gebeten habe. Beim chilenischen Volk bitte die Siedlung nun erneut um Vergebung für alles Leid, das durch Mitglieder angerichtet worden sei.

Während der Diktatur von Augusto Pinochet (1973-1990) diente die Siedlung auch als Folterlager der damaligen Geheimpolizei Dina. Berichte von Geflohenen wurden von der chilenischen Justiz während der Diktatur nicht verfolgt. Auch von den deutschen Behörden kam kaum Protest. dpa

Im Reich der Mitte boomt das Christentum

KIRCHE Während in Deutschland die Gläubigen aus der Kirche austreten, lassen sich in China immer mehr Menschen taufen.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
KLAUS ANGERSTEIN

Peking - Die österliche Auferstehungsfeier in der katholischen Kathedrale von Peking beeindruckte Hartmut Koschyk in besonderer Weise. Der CSU-Politiker und parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium war einer Einladung der Außenpolitischen Gesellschaft Chinas gefolgt und besuchte neben Peking auch Xi'an, Shanghai sowie die Regionen Macao und Hongkong.

Gegenüber unserer Zeitung erklärte Koschyk, er verfolge die Situation der katholischen Kirche schon über viele Jahre und erlebe derzeit einen interessanten Wandel. Die chinesische Gemeinde sei zwar immer noch eine kleine Minderheit, wachse jedoch sehr dynamisch. Gegenüber dem Jahr 1949 habe sich die Zahl der Katholiken im

Land vervierfacht. In der Kathedrale von Peking feierte Bischof Joseph Li Shan die Auferstehungsfeier mit einer großen Zahl von Gläubigen. Mehrere hundert Kinder, Jugendliche und Erwachsene hätten die Gelegenheit genutzt und sich taufen lassen. Der Andrang in die Kirche sei so groß gewesen, dass viele Menschen die Feier vor dem Gotteshaus nur auf Bildschirmen verfolgen konnten.

Koschyk kam im Verlauf seines Besuchs auch mit dem 94-jährigen Bischof von Shanghai, Aloysius Jin Lu Xian, zusammen, der als Symbolfigur christlicher Glaubensstärke in China gilt. Bei seinen Gesprächen äußerte die chinesische Seite immer wieder große Dankbarkeit für die Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche in Deutschland und dem Hilfswerk Misereor. Gleichzeitig wurde der Wunsch nach einer Intensivierung



Dutzende Gläubige erlebten an Ostern die Auferstehungsfeier vor der Kathedrale von Peking auf Bildschirmen mit. Das Gotteshaus war vollbesetzt.

Foto: privat

der Kontakte laut, zum Beispiel durch Partnerschaften zwischen chinesischen und deutschen Diözesen. In diesem Zusammenhang verwies man

von chinesischer Seite auf den letzten Besuch des Bamberger Erzbischofs Ludwig Schick in der Diözese Xi'an und die sich anbahnenden engeren Bezie-

hungen zwischen den Diözesen Xi'an und Bamberg.

Derzeit stellt die katholische Kirche in China noch eine kleine Einheit dar. Es gibt eine staatliche und eine sogenannte Unterkirche im Reich der Mitte. Beide Kirchen bewegen sich jedoch aufeinander zu. Bischöfe der staatlichen Kirche würden inzwischen auch vom Vatikan anerkannt. Die Verhandlungen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und China befänden sich in vollem Gang, so Koschyk. Von der zunehmenden Spiritualität in China fühlten sich besonders viele Akademiker angezogen. Nicht nur die Katholiken profitierten davon, so Koschyk. Einen Boom erlebe derzeit auch die evangelische Kirche im Land. Und in buddhistischen Tempeln, die vor Jahren einzig der touristischen Vermarktung dienten, werde wieder gebetet.

Nachrichten

Kerzen in der Nähe des Reaktors angezündet

Kiew - 24 Jahre nach der Katastrophe im ukrainischen Atomreaktor Tschernobyl haben bei Trauerzeremonien in der Ukraine, Russland und Weißrussland tausende Menschen der Opfer gedacht. Bei einer Veranstaltung in Tschernobyl sagte der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch, dass seinem vor dem Bankrott stehenden Land rund 400 Millionen Euro für die weitere Absicherung des Kraftwerks fehlten. Mitglieder der damaligen Rettungskräfte zündeten in der Nähe des mit einem Mantel aus Blei und Stahl geschützten Reaktors Kerzen an. dpa

Italien kämpft gegen moderne Sklavenhalter

Rosarno - Mit zahlreichen Mediennahmen ist die Polizei in Süditalien gestern gegen die organisierte Ausbeutung von Flüchtlingen vorgegangen. Laut italienischen Medienberichten nahmen Sondereinheiten der Carabinieri im Rahmen der Operation „Migrantes“ neun Menschen fest. Weitere sieben wurden unter Hausarrest gestellt und ihre Betriebe konfisziert. Insgesamt 20 Landwirtschaftsbetriebe und 200 Grundstücke im Wert von 10 Millionen Euro seien in der Gegend um den Ort Rosarno nördlich von Reggio Calabria beschlagnahmt worden. dpa

Europaratspräsident ist gegen Vollschleierverbot

Straßburg - In der französischen Debatte um das Vollschleierverbot hat sich der Präsident des Europarates zu Wort gemeldet. Ein Verbot des Ganzkörperschleiers sei keine Lösung des Problems, sagte Mevlüt Cavusoglu gestern in Straßburg. In Frankreich wird derzeit über ein gesetzliches Vollschleierverbot beraten. Der Europarat sei prinzipiell gegen jede Einschränkung von Freiheiten, sagte der türkische Politiker. Cavusoglu sprach seine persönliche Meinung aus, er äußerte sich nicht im Namen der Versammlung. dpa

Anschlag auf britischen Botschafter im Jemen

Sanaa - Ein Selbstmordattentäter hat am Montag versucht, den britischen Botschafter im Jemen zu töten. Allerdings starb nur der Terrorist. Er zündete auf einer Straße unweit der britischen Botschaft in Sanaa einen Sprengstoffgürtel, kurz bevor der Diplomat Tim Torlot (52) die Stelle passierte. Nach Angaben von Ärzten wurden drei Passanten verletzt. Die britische Botschaft wurde bis auf weiteres geschlossen. Laut jemenitischem Innenministerium trägt der Angriff die Handschrift von Al-Kaida. dpa

Griechische Piloten „krank aus Protest“

Athen - Piloten der griechischen Luftwaffe haben sich vor dem Hintergrund massiver Sparmaßnahmen des Landes am Montag krank gemeldet. Sie protestieren gegen eine Kürzung der Flieger-Zulage (durchschnittlich 500 Euro monatlich) um 35 Prozent. Der griechische Verteidigungsminister, Evangelos Venizelos, zeigte sich „enttäuscht“, dass der Eindruck entstehe, die Piloten flögen nicht aus Pflichtbewusstsein, sondern wegen des Geldes. Er versprach eine genaue Überprüfung. dpa